

# Nähe und Ferne

## Das deutsch-amerikanische Verhältnis und die Zukunft des Westens

Von **Peter Bender**

Worauf gründet sich heute eigentlich unser Verhältnis zu Amerika? Der Kalte Krieg ist lange vorbei, die Arroganz der einzig verbliebenen Weltmacht entfremdet, die Ablehnung der Politik des gegenwärtigen Präsidenten ist allgemein. Was verbindet uns noch mit dem problematisch gewordenen Land jenseits des Ozeans? Vielleicht helfen ein Blick in die Vergangenheit und ein Blick in die Zukunft.

Der Blick in die Vergangenheit zeigt eine *special relationship*, eine Art Familienbeziehung, allerdings ganz anderer Art als die britisch-amerikanische. Die Bundesrepublik war ein Kind der Vereinigten Staaten (mit Patenschaft der Engländer und Franzosen). Sie wurde nicht um ihrer selbst willen gegründet, sondern als amerikanische Bastion gegen den Osten, und die Westinsel Berlin existierte überhaupt nur, weil Washington es sich 1948 nicht leisten konnte, ein amerikanisch besetztes Territorium einem sowjetischen Gewaltakt zu überlassen.

40 Jahre lang beschützte Amerika seine Kinder, die Bindung der Bundesrepublik und noch mehr Westberlins an die USA ließ sich auf einen einfachen Begriff bringen: Sicherheit. Das Glück der westlichen Deutschen war, dass ihre Sicherheit mit beständigen und elementaren Interessen Amerikas zusammenfiel: Ohne die Bundesrepublik war Westeuropa wirtschaftlich nicht wieder aufzubauen und gegen die Sowjetunion nicht zu verteidigen, ohne Westeuropa konnte Amerika die Machtbalance mit der Sowjetunion nicht bewahren. Nur im ehemaligen Besatzungsgebiet Bundesrepublik hatte sie den „unsinkbaren Flugzeugträger“, auf dem sie Truppen und Waffen jeder Art und Menge stationieren konnte. Und was der Kalte Krieg an Einrichtungen, Agenturen und Diensten verlangte, ließ sich ebenfalls am besten in einem Land unterbringen, das nur begrenzt souverän war und ebenfalls den Kalten Krieg zu führen hatte.

Was Westdeutsche und Amerikaner verband, war aber mehr als ein Bündnis, mehr auch als gemeinsame Notwendigkeit. Es waren gemeinsam durchgestandene Gefahren und gemeinsames Handeln, die Vertrauen schufen. Mit der Zeit lernten die Westdeutschen, wo die Grenzen der Gemeinsamkeit lagen; die USA gaben Sicherheit, aber um deutsche Interessen mussten sich die Deutschen selbst kümmern – auch gegen Amerika. Kein Kanzler von

Adenauer bis Kohl, der nicht seine Schwierigkeiten mit dem großen Verbündeten hatte. Mit wachsendem Gewicht und überzeugender demokratischer Zuverlässigkeit emanzipierte sich die Bundesrepublik allmählich, aber nur bis zu einer Grenze, die von den Grundsätzen und Interessen der Vormacht gezogen wurde.

Doch Amerika war nicht nur Vormacht, sondern auch Vorbild, und auch das nicht nur politisch, sondern für fast alle Seiten des Lebens. Die „Amerikanisierung“ ging in Westdeutschland erheblich weiter als im übrigen Westeuropa, die tiefe innere Unsicherheit der 1945 moralisch gebrochenen Deutschen ließ sie für Einflüsse von außen empfänglicher und anfälliger werden. Die an Verehrung grenzende Hochachtung schwächte sich seit den 70er Jahren ab, aber die materielle Basis der Beziehungen, eine unlösbare, wechselseitig vorteilhafte Verflechtung der Wirtschaft, blieb.

### **Das Ende des Ost-West-Konflikts**

In einem historischen Akt bestätigte sich am Ende noch einmal, was Amerika mit seinem europäischen Zögling verband. Früher als die westeuropäischen Regierungen erkannte Präsident George Bush (senior) 1990, dass die Teilung Deutschlands zu Ende ging. Statt sich dem Unvermeidlichen zu widersetzen, wie es Briten und Franzosen versuchten, nutzte er es, indem er Bundeskanzler Helmut Kohl half, die Vereinigung in Moskau durchzusetzen und für Europa erträglich zu machen. Seine Bedingung war, dass das vereinte Land der NATO angehören müsse. Die Russen akzeptierten das widerwillig, schließlich wohl aus dem gleichen Grund, aus dem die anderen Europäer es wünschten: Mit der NATO band Amerika ganz Deutschland ein und garantierte, dass die Deutschen nicht wieder großwahn sinnig würden. So wurde das Jahr 1990 zum Idealfall deutsch-amerikanischer Interessenübereinstimmung: Die Deutschen bekamen ihre Vereinigung, und die Amerikaner bekamen den Sieg im Kalten Krieg; die Sowjetunion musste sich hinter ihre Grenzen zurückziehen, die Vereinigten Staaten wurden zur einzigen Großmacht in Europa.

Über 40 Jahre waren Amerika und die Bundesrepublik einander unentbehrlich, mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verschwanden die stärksten Bindungen. Die Deutschen brauchten weder die USA noch die NATO für ihre Sicherheit vor dem Osten, und die Amerikaner brauchten weit weniger als früher das Stationierungsfeld Bundesrepublik. Seit 1999 brauchen sie es sogar noch weniger, weil sie in Polen und Tschechien neue Verbündete bekamen, die ihre Länder für Raketen und Raketenabwehr zur Verfügung stellen. Auch als Schutzmacht gegen ein übermütiges Deutschland wurde Amerika mit der Zeit entbehrlich; niemand in Europa fürchtet sich noch vor der Bundeswehr.

Die Grundbedingungen, nach denen Amerika und Deutschland ein halbes Jahrhundert lang gelebt hatten, bestanden nicht mehr. Beide mussten in eine neue Rolle hineinwachsen. Deutschland war souverän, und Amerika war zur einzigen Weltmacht geworden; beide mussten lernen, was sie geworden waren.

Für die Politiker aller Parteien in Bonn war es eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit, dass die Vereinigten Staaten zwar nicht mehr der Herr waren, aber der Patron oder Hegemon oder wenigstens der große Bruder, dem man Folgsamkeit schuldet. Wenn es um wesentliche Fragen der Außenpolitik ging, gab es immer eine Macht, die über einem stand und deren Interessen, Meinungen und Eigenheiten beachtet werden mussten. So blieben Bonn und dann auch Berlin loyal nicht nur, weil es vernünftig war, zur ersten Weltmacht in bester Beziehung zu stehen; man konnte kaum anders: 40 Jahre Verbundenheit und Dankbarkeit, Rücksichtnahme und Folgsamkeit waren in Fleisch und Blut übergegangen. Nur langsam und beinahe halb bewusst, herausgefordert von neuen Pflichten und Möglichkeiten, wuchs ein Selbstbewusstsein, das begrenzte Eigenständigkeit erlaubte.

Weit mehr als das deutsche Selbstbewusstsein wuchs das amerikanische *Second to none*; nie und nirgendwo Zweiter zu sein, war schon früher Leitsatz gewesen, doch jetzt war Amerika nicht nur die erste, sondern die einzige Weltmacht und wollte es bleiben. Es rüstete weiter auf, um militärisch uneinholbar zu sein, und suchte zu verhindern, dass sich irgendwo eine Macht bildete, die zum Rivalen werden könnte, wie die Sowjetunion es gewesen war. Das Gefühl, über allen zu stehen, schuf einen Schwindel erregenden Zustand: von niemandem gefährdet, überall der Stärkere, von vielen gehasst, von vielen um Schutz angefleht, auch von Freunden weniger geliebt als benutzt, aber Rechenschaft schuldig nur sich selbst. Einzige Weltmacht zu sein, ist eine Verführung zur Hybris, der kein Regime und keine Nation zu widerstehen vermag. Höchste Verantwortung ist geboten, aber jede Willkür erscheint möglich. Einsicht, Vorsicht und Rücksicht scheinen kaum mehr nötig, denn selbst schwere Fehler, so glaubt man, erzeugen nur leichten Schaden. Was immer man tut, die Welt muss es hinnehmen, denn die Macht, so meint der Mächtige, erlaubt fast alles und rechtfertigt es am Ende auch.

### **Der Ausbruch der Hybris**

Zwei Umstände führten dazu, dass die Hybris ausbrach. Der Terroranschlag am 11. September 2001 traf ein Land, das sich für unverwundbar hielt und fast 200 Jahre lang nie verwundet wurde. Zwei Dutzend religiöse Fanatiker raubten der Weltmacht den Traum von der Allmacht. Der zweite Umstand lag in der Person eines Präsidenten, der intellektuell und charakterlich der Situation nicht gewachsen war. Der demonstrative Gewaltakt der Terroristen, meinte George Bush (junior), lasse sich nur mit demonstrativen Gewaltakten ausgleichen. Was Terror angerichtet hatte, müsse mit Krieg beantwortet werden, und diesen „Krieg gegen den Terror“ müssten die Vereinigten Staaten führen, weltweit und ohne Rücksicht auf die Weltmeinung und die Weltorganisation der Vereinten Nationen.

Der Höhepunkt amerikanischen Selbstbewusstseins fiel mit dem Höhepunkt deutschen Selbstbewusstseins zusammen. Bundeskanzler Gerhard Schröder distanzierte sich nicht diskret diplomatisch von Bushs Irak-Aben-

teuer, sondern schleuderte dem Präsidenten ein weltweit hörbares Nein entgegen. Er stand nicht allein, auch Frankreichs Präsident Jacques Chirac verweigerte jegliche Gefolgschaft in den Irak, aber auch im Jahr 2003 war es noch ein Unterschied, ob sich Frankreich oder Deutschland offen gegen Amerika stellte, und das in einem Augenblick, in dem andere europäische Nationen den Amerikanern in den Krieg folgten. Das Verhältnis zwischen Berlin und Washington war zerrüttet wie nie zuvor. Manches wurde in der Folgezeit von Angela Merkel geglättet, aber ein tiefer Riss blieb. Denn auch die Kanzlerin der Unionsparteien freut sich wie alle Deutschen, dass nicht Bundeswehrsoldaten in Zinksärgen aus dem Irak heimkehren.

Worauf gründet sich also heute unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten? Die erste Antwort, die man hört, ist die gleiche wie seit 50 Jahren: Amerika garantiert Deutschlands Sicherheit. Kaum jemand fragt, vor welchen Gefahren? Russland bedroht Deutschland nicht mehr, darüber herrscht Einigkeit. Und die neuen möglichen Raketenbesitzer Iran und Nordkorea, gegen die Amerika in Polen und Tschechien einen Abwehrschirm errichtet? Den Schirm auch zum Schutz Europas zu erweitern, bieten die USA an. Aber warum sollte der Iran, wenn er einmal Atomgeschosse und Fernraketen hat, nach Europa schießen? Weil die Mullahs zum Fanatismus neigen und der Präsident absurde Reden führt? Oder weil eine fanatisierte Religion, die Selbstmordattentäter in großer Zahl ermöglicht, auch zu Massenmord an Ungläubigen anstiften kann?

Wer die Jahrzehnte des Kalten Krieges bewusst erlebt hat, kennt den hysterischen Kurzschluss von technischer Möglichkeit auf politische Absicht: Weil die Rote Armee Anfang der 50er Jahre in wenigen Tagen bis zum Atlantik durchmarschieren könnte, sei damit zu rechnen, dass sie es tun werde. Weil die SS-20-Raketen Westeuropa verwüsten könnten, werde Moskau die Westeuropäer atomar zu erpressen suchen. So ging das in immer neuer Form und gleicher Unfähigkeit zu fragen, warum der andere sich neue Waffen zulegte. Dass man selbst es tat, erschien selbstverständlich.

Welcher Staat, der auf sich hält und einigermaßen bei Kräften ist, würde nicht nach Atomwaffen streben, wenn sein Feind sie hat und wenn jahrelang vor seiner Küste fremde Flugzeugträger mit Atomwaffen kreuzen? Was täten wir, wenn eine iranische Flotte, ebenso bestückt, durch die Nord- und Ostsee führe? Nicht unbekannt ist auch, dass Atomwaffen Macht demonstrieren. De Gaulle schuf sich seine Force de frappe nicht, um damit zu schießen, sondern um Unabhängigkeit von Amerika zu beweisen und überall dabei zu sein. Eher mit als ohne Atomwaffen glauben die Herren in Teheran, zur Vormacht in ihrer Region zu werden. Die Folgen wären verheerend, weil ein Rüstungswettlauf in der Region zu erwarten ist, Saudi Arabien und Ägypten planen schon. Aber amerikanischen Raketenbeschütz braucht Europa deshalb nicht.

Gegen die mutmaßliche Hauptgefahr, gegen Terroranschläge, müssen wir uns selber schützen. Terrorabwehr ist Aufgabe des Innenministers in Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Staaten und den Diensten der USA. Präsident Bushs „Krieg gegen den Terrorismus“ verspricht hingegen keine Sicherheit – im Gegenteil. Die furchtbarsten Anschläge, die Europa bisher erlitt, trafen Spanien und Großbritannien, die mit Amerika in den Irak mar-

schierten. Deutsche Sicherheitsbehörden rechnen mit erhöhter Anschlaggefahr, wenn die Bundeswehr in Afghanistan ganz zur Kampftruppe wird.

Der neueste Terrorbericht des US-Außenministeriums illustriert mit drastischen Zahlen ein Anwachsen des Terrors. Danach verdoppelten sich die Anschläge im Irak wie in Afghanistan von 2005 auf 2006. Fast die Hälfte (45 Prozent) aller Anschläge in der Welt wurden im Irak verübt, weit mehr als die Hälfte (65 Prozent) aller Todesopfer waren dort zu beklagen. George W. Bushs „Krieg gegen den Terror“ hat das Gegenteil seines Zwecks erreicht: Wo er diesen Krieg führte, wuchs das Übel in bisher unbekannte Dimensionen. Und der politische Schaden wuchs mit. Als unparteiischer Vermittler, als überparteilicher Schiedsrichter und als glaubhafter Friedensstifter hat Amerika seine Überzeugungskraft und Autorität verloren – es wird, sofern es überhaupt möglich ist, lange dauern, sie wiederherzustellen.

Die NATO befindet sich auf dem Wege, einen ähnlichen Verlust ihrer Glaubwürdigkeit zu erleiden. Als Schutzorganisation gilt sie nur noch ihren neuen Mitgliedern. Balten, Polen und Tschechen denken und leben aus der Erfahrung sowjetischer Gewaltherrschaft und betrachten die Allianz als Garantie ihrer mühsam errungenen Unabhängigkeit. Für die anderen europäischen Mitgliedstaaten ist aus dem Verteidigungsbündnis längst ein Werkzeug amerikanischer Weltpolitik geworden. Was die USA allein nicht mehr schaffen, sollen die Europäer tun. Für Afghanistans Ruhigstellung und Wiederaufbau haben sie bereits die Verantwortung; wenn sie es an Eifer fehlen lassen, mahnt Außenministerin Condoleezza Rice oder der Präsident persönlich, mehr Hilfe und mehr Soldaten zu schicken. Auch die Bundeswehr wird von einer Schutztruppe für zivilen Aufbau langsam, aber sicher zu einer Kampftruppe gegen die Taliban. Die NATO erweist sich dabei als ein wunderbares Instrument: Weniger politische Loyalität gegenüber Washington drängt die Deutschen in den Krieg, weit stärker wirkt die moralische Pflicht, die NATO-Kameraden nicht allein im Feuer stehen zu lassen.

Je stärker deutsche Politik sich mit amerikanischer Machtpolitik identifiziert, desto mehr wird sie für die Fehler Washingtons mithaftend müssen. Bis 1990 war das unvermeidlich, weil die Folgsamkeit der Preis für die Sicherheit war, die Amerika der alten Bundesrepublik gab. Das tut es heute nicht mehr. Weder Deutschland noch Europa sind für ihre Sicherheit auf den transatlantischen Verbündeten angewiesen.

Verbunden bleiben Berlin und Washington aber durch starke gemeinsame Interessen: Freiheit des Welthandels, unentbehrlich für ein Land wie Deutschland, das wie wenige mit und von der Weltwirtschaft lebt; Nichtverbreitung von Atomwaffen; zu Teilen auch der Zugang zu Energie und Rohstoffen; nicht zuletzt, vielleicht zuerst: das unzerreißbare Netz wirtschaftlicher, technischer, wissenschaftlicher, kultureller und menschlicher Verbindungen.

Politisch jedoch ist Abstand geboten, wenn Amerika Weltmachtambitionen folgt und von Missionswahn getrieben wird. Beides liegt nicht in deutschem Interesse und kann gefährlich werden, nicht nur außen-, sondern auch innenpolitisch. Die Politiker-Sprache verrät bereits vorsichtige Distanz, wenn es heißt, auch Freunde könnten einmal uneins sein. Mir geht es nicht um „ein-

mal“ und „uneins“, sondern um beständige Unterschiede in den politischen Auffassungen und Zielen. Zwischen Weltmacht und Mittelmacht kann es da keinen Gleichklang geben.

### Die Folgen des asiatischen Aufstiegs

Das muss nicht immer so bleiben. Je mehr die Macht und die Möglichkeiten der Vereinigten Staaten abnehmen und das Selbstbild vom gottgesandten Freiheitsapostel verfliegt, desto mehr verringern sich die Unterschiede zu den deutschen und europäischen Positionen. Ja noch mehr: desto mehr wird Amerika Übereinstimmung und Abstimmung mit dem alten Europa brauchen, und desto weniger müsste es ihm ratsam erscheinen, den Herrn zu spielen.

Der Blick in die Zukunft zeigt zwei globale Veränderungen, einen allmählichen Abstieg der Vereinigten Staaten und einen beschleunigten Aufstieg asiatischer Mächte, an der Spitze China und Indien. Amerika hat den Gipfel seiner Macht schon heute überschritten. Seine Zeit als die einzige unerreichbare, unvergleichbare, unbezweifelbare Nummer eins der Welt währte nur ein Dutzend Jahre: vom Ende der Sowjetunion bis zum Beginn des Irak-Abenteuers. Zwei Kriege gleichzeitig führen zu können, galt früher als Merkmal der Weltmacht USA – im Irak ist sie bereits gescheitert, in Afghanistan wird sie wahrscheinlich scheitern wie im 19. Jahrhundert die Briten und im 20. Jahrhundert die Russen. Dahin sind die Hoffnungen, ein amerikanisches *Empire* werde wie einst das Imperium Romanum zum Herrn der Welt.

Wann die Chinesen mit den Amerikanern gleichziehen werden, lässt sich kaum sagen. Hinter phantastischen Leistungen werden die immensen Schwierigkeiten oft vergessen. Aber als Großmacht respektiert wird Peking schon heute – als politische Größe, ohne die vieles nicht, als Massenproduzent, dessen (nicht nur Billig-) Produkte Amerika und Europa überfluten, als Finanzier, der zum großen Gläubiger der größten Wirtschaftsmacht USA geworden ist. Unglaublich, wenn man uns das vor 20 Jahren prophezeit hätte.

Ohne Prophezeiung absehbar ist die Folge des asiatischen Aufstiegs, eine Veränderung der Welt in Dimensionen, die alles überschreiten, was wir im letzten halben Jahrhundert erlebt haben. Die Machtwechsel zwischen Europa, Amerika und Russland spielten sich im selben Kulturraum ab, es war die christliche Welt, Europa mit seinen „halbeuropäischen“ (George Kennan) Flügeln Russland und Nordamerika, in der sich die Kräfte verschoben. Die jetzt beginnende Veränderung aber rückt das Schwergewicht der Welt vom Atlantik zum Pazifik und Indischen Ozean. Das 20. Jahrhundert war ein europäisch-amerikanisch-russisches Jahrhundert, das 21. Jahrhundert wird ein amerikanisch-asiatisches sein, am Ende vermutlich nur noch ein asiatisches. Die Länder des Westens, die bis 1914 beinahe den ganzen Globus dominierten, werden nicht mehr über die Weltordnung bestimmen, sondern nur noch mitbestimmen. Schon die Bevölkerungszahlen geben ein Indiz. Demographische Studien sagen, dass in 20 bis 30 Jahren der Westen einschließlich Russland nur noch etwa 15 Prozent der Weltbevölkerung stellen wird.

## Die Chance für eine neue Nähe

Die Überzahl und das Übergewicht asiatischer Völker müssten den Westen nötigen, sich wieder enger zusammenzuschließen. Notwendig wäre es. Auch die friedliebenden Inder können Zähne zeigen und zubeißen, wie ihr Bruderzwist mit Pakistan zeigt. Und ein mächtig gewordenes China wird seine Außenpolitik kaum mehr unter das Leitwort Harmonie stellen – Machtgebrauch war noch nie harmonisch. Die atlantische Gemeinschaft – verbunden mit Russland? – wird ihre Kräfte bündeln müssen, um sich zu behaupten. Die Andersartigkeit der neuen Weltmächte sollte sie zwingen, sich ihrer Gemeinsamkeit bewusst zu werden. Amerikaner, Europäer und Russen haben immer noch weit mehr miteinander gemein als mit Indern oder Chinesen.

Das bleibt auch so, wenn man sich erinnert, was Amerikaner und Europäer trennt. „Stellen Sie sich vor, die Leute hier hätten grüne Gesichter“, belehrte ein von Hitler vertriebener Jude einen verwunderten jungen Deutschen in New York. „Sie kämen gar nicht auf den Gedanken, dass Amerikaner denken und empfinden wie Sie.“ Dennoch bleiben Amerikaner und Europäer Zweige vom selben Stamm, und je mehr sie mit einer fremden Welt konfrontiert sind, werden sie ihre Nähe zueinander spüren. Gedankenlose Routine hat das Wort Wertegemeinschaft um seinen Wert gebracht, vielleicht gewinnt es unter anderen Verhältnissen seine Bedeutung zurück.

Man muss nicht einmal einen Zusammenstoß oder gar Kampf der Kulturen erwarten, um eine Zeit vorauszusehen, in der die Kultur des Abendlandes Schutz braucht. Roms weltgeschichtliche Leistung lag in einem Reich, das „zur politischen Hülle der griechischen Zivilisation und ihr Halt und ihre Stütze nach außen“ wurde (Alfred Heuss). Amerika hat Europa von Hitler mit befreit und die westliche Hälfte vor Stalin bewahrt, daraus ergab sich das deutsch-amerikanische Sonderverhältnis. Amerikas künftige Rolle könnte sein, nicht die Welt zu amerikanisieren, das ist vorbei, wohl aber den Westen zu bewahren, solange er es wert ist.

Ob alles so kommt, bleibt ungewiss. Die Geschichte kennt viele Beispiele, wie Verwandte einander vergaßen und sich entfremdeten. Doch starke alte Bindungen leben weiter, und die Chance für eine neue Nähe besteht.



Für jedes Neuabo – haben Sie freie Wahl. Mehr unter [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)